

Gedanken und Meinungen zum Studieren an unserer Universität

Hier und da werden Stimmen vernommen, vereinzelt und sehr unterschiedlich motiviert, die das marxistisch-leninistische Grundstudium in Frage stellen, seine Sinnhaftigkeit anzweifeln. Wie sollen aus unserer Pflicht für die Erneuerungsprozesse unserer sozialistischen Gesellschaft diese Stimmen nicht ignorieren. Es wäre ein Fehler zu folgen. Was provoziert Studenten, eine solche Haltung zum MLG einzunehmen? Augenscheinlich hängt sie mehr oder weniger direkt mit dem vorhandenen Vertrauensschwund gegenüber der führenden Rolle unserer Partei zusammen, in deren Realisierung sich ja stets ein Marxismus-Leninismus manifestiert. Zum Minimalkonsens einer konstruktiven Diskussion über das MLG gehört, daß die Kritik nicht a priori eine antisozialistische Intention unterzogen wird. Konstruktivität der Diskussion heißt, nach den Ursachen einer unzureichenden Identifikation seitens der Studenten mit den im MLG vermittelten Lehrinhalten zu fragen, sie im Dialog zu benennen und eine verbindliche Konzeption zu deren Beseitigung auszuarbeiten. Hierbei bekommt auch die Anwendung des Leistungsprinzips eine neue Dimension. Mit dem MLG verfolgen wir ja ein Ziel, daß die Studenten befähigt werden, sich mittels einer vertieften Kenntnis der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und in Beherrschung der materialistisch-dialektischen Denkweise in den Klassenkämpfen unserer Zeit zu orientieren und ihren eigenen Platz im Engagement für den sozialistischen Fortschritt und die weitere Vervollkommnung – derzeit über den Prozeß der Erneuerung – des Sozialismus zu finden und auszuüben. Die letzten Jahre führten zu einer kollektiven, sehr widerwärtigen Entwicklung in der Auseinandersetzung beider Weltsysteme als auch der im sozialistischen Lager selbst zu einem gewissen Bedürfnis nach weltanschaulicher Orientierung. Der Prozess nach ist die, auch bei uns wieder als revolutionär erachtete Phase unserer eigenen Entwicklung eine „Hochzeit“ für das MLG. Wenn sich gerade heute die Kritik an ihm verschärft, so nicht

ausgerechnet, weil es „an sich“ überflüssig ist, sondern weil sie in seinem derzeitigen Zustand aus der Sicht vieler Studenten ihrem Bedürfnis nach weltanschaulicher Orientierung zu wenig entspricht. Zum Minimalkonsens eines Dialogs über das MLG gehört zweitens, daß es nicht um seine Abschaffung gehen kann, sondern es darum gehen muß, daß wir dem mit ihm selbst formulierten Anspruch weitläufiger Konsequenzen gerecht werden als bisher. Führt denn nicht gerade die Erneuerung des Sozialismus über die Rückbesinnung auf das Leninische Sozialismuskonzept? Wir können uns aber nicht nur eines Lein versichern.

Alte Ideen müssen entstaubt werden

auch der vielen namhaften und der für uns noch namenlosen Vorreiter einer Alternative der sozialistischen Entwicklung entgegen dem Stalinismus, Dogmatismus und Bürokratismus. Die Liste der Namen derer reicht von Bucharin über Gramsci und den späten Lukacs bis Gorbatschow. In welche Richtung sollten wir erstellte Überlegungen anstellen und Veränderungen bewirken? 1. Unserer politischen Verantwortung für das MLG werden wir auch nicht gerecht, wenn wir sein Niveau auf das von politischen Cafésausgesprächen herabdrücken. Die Notwendigkeit aktueller, problemgeladener und kontroverser zu sein, darf nicht auf Kosten der wissenschaftlichen Genauigkeit gehen. Im Gegenteil. Wir werden nur dort wirksamer werden, wo wir mehr denn je die Anstrengung der Wissenschaft auf uns nehmen. 2. Wir müssen stärker aktuelle Probleme der Menschheits- und Sozialismenentwicklung zum Ausgangspunkt aller Lehrveranstaltungen nehmen. Wir befinden uns in

einer Situation, in der es nicht ausreicht, die Wissenschaftlichkeit dem Marxismus-Leninismus zu postulieren, in der wir vielmehr gezwungen sind, sie nachzuweisen. Dieser Nachweis ist im Zuge von Problemdiskussionen zu führen. „Abstrakte Theoretisieren“ hat im MLG nur Sinn, wenn es organisch in den Problemlösungsprozess einbezogen wird. 3. Der Hauptaspekt der Lehrtätigkeit muß stärker auf die Organisation eines Erkenntnisprozesses durch die Studenten gerichtet sein. Durch Hegel ist bekannt, daß das Resultat des Erkennens, abgehoben vom Prozeß, ein toter Leichnam ist.

Die Dialektik des Erkennens rückt in ein neues Licht. Ihre Beherrschung durch die Studenten ist ein Hauptstück des Weges zu ihrer Erziehung zu „mündigen“ Bürgern und Wissenschaftlern, derer die Erneuerung bedarf. 4. Die Planung des MLG bekommt eine neue Größe: Flexibilität und Aktualität. Oder anders: Bedürfnisorientiertheit. Dazu ist neu zu bedenken: – das bedarfsgerechte Anbieten vielfältiger fakultativer Lehrveranstaltungen, – die organisatorische Absicherung einer schnellen Überführung neuer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Lehre. Das Informationsangebot muß sowohl in der Breite als auch in der Tiefe weitreichender sein als bisher. Es kann nicht sein, daß Zufall und Beziehungen darüber entscheiden an welches Quellenmaterial eine Lehrkraft herankommt. Leider ist es zum großen Teil so, daß interessierte Studenten in diesem Weltlauf die Nase vorn haben. Wie dialogfähig ist dann noch die Lehrkraft?

Was wir brauchen, ist eine offene Diskussion zum MLG, ein Dialog zwischen allen beteiligten Seiten. Dialog hat keine Allzweckfunktion, sondern zielt auf gemeinsames Erkennen und Verändern. Gute Erfahrungen gehören in die Öffentlichkeit, dürfen kein vorteilhafter „Privatbesitz“ bleiben. Die in den letzten Jahren auf der Strecke gebliebenen Vorschläge müssen entstaubt werden. Es geht um die Zukunft des MLG.

Meine Vorschläge wären: 1. Obwohl unser Land drauf und dran ist, ein Land der tausend Arbeitsgruppen zu werden, ist die Bildung einer solchen auch hier angebracht. Gleichberechtigt sollten hier Funktionsträger, Lehrkräfte und Studenten zusammenfinden. Ihre Rechte und die Verbindlichkeit ihrer Vorschläge sollten an der KMU weitreichend sein. 2. Wäre es möglich, daß die UZ einige ihrer Spalten der Diskussion zur Verfügung stellt? Die Vielfalt journalistischer Tätigkeit sollte dabei zur Geltung gebracht werden. Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen, Organisation von Gesprächsrunden, Interviews auch mit Fachleuten über die KMU hinaus usw. 3. Wäre es möglich, daß befähigte Studenten der Fachrichtung Soziologie kurzfristig mit einer soziologischen Studie zu diesem Thema beauftragt werden und Ergebnisse zur Diskussion stellen? 4. Ist die Zeit nicht reif, daß kompetente Vertreter des Zentralinstitutes für Jugendforschung um ihre Erkenntnisse offenbaren können? Das MLG ist zweifellos nur ein Bereich, in dem wir neue Wege gehen müssen, aber das Vertrauen der Studenten in unsere Partei (auch in den eigenen Reihen) wird sich daran messen lassen müssen, wie es uns gelingt, allen Studenten wieder in den Lehrveranstaltungen zum Studium des Marxismus-Leninismus eine Stätte des Anregenden, Gegenwartsbezogenen und wissenschaftlich fundierten Dialogs und Meinungsstreits weltanschaulicher Probleme zu schaffen.

Dr. MICHAEL FRANKE, Sekt. M/L Philosophie



Vom 10. bis zum 12. November 1989 fand an unserer Universität ein internationales Symposium „Junge Wissenschaftler in der heutigen Welt – Berufliche Perspektive – Soziale Lage – Demokratie“ statt. Zu den Referenten gehörte auch Prof. Dr. Jean-Marie Legay, Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler. Foto: Müller

Das SED-Aktionsprogramm – einige Ergänzungen dazu

Wir betrachten das Aktionsprogramm als einen Entwurf, mit dem wir uns aber prinzipiell zu. Wir fordern die umfassende Untersuchung und strenge Beauftragung der Parteimitglieder, die unsere Partei zu dem Stand des Abgrunds gebracht haben. Wir meinen, daß es mit einem Rücktritt nicht getan sein kann. Wenn erforderlich und bewiesen, sind diese Genossen aus der Partei auszuschließen und durch die zuständigen Staatsanwaltschaft zur Verantwortung zu ziehen, ohne Ansehen der Person. Wir begrüßen, daß innerhalb der Partei sofort alle Sonderregelungen und Vergünstigungen außer Kraft gesetzt sind und schlagen zur Präzisierung des Aktionsprogrammes vor: 1. Der Parteiparat ist vor allem dadurch zu reduzieren, daß alle den staatlichen Organen parallel geschalteten Abteilungen/Sektoren im ZK, in den Bezirksleitungen und Kreisleitungen, die der Bevormundung des Staatsapparates dienen, mit sofortiger Wirkung aufgelöst werden. 2. Die parteiinternen Ferienheime, Kurverrichtungen und sogenannten Gästehäuser sind zu mindestens 75 Prozent an den Feriendienst des FDGB mit Wirkung vom 15. 12. 1989 zu übergeben. Die in der Verfügung des Parteiparates verbleibenden Einrichtungen sind hinsichtlich ihrer Struktur-, Stellen- und Finanzpläne sowie ihrer materiell-technischen Ausstattung den FDGB-Ferienheimen gleichzustellen. 3. Die an der Parteihochschule, den BPS und KPS, die Abteilungen für Gevul, dem IML und weiteren Bildungs- und Forschungsrichtungen der Partei für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal gezahlten Gehälter sind dem RKV Hochschulwesen bzw. der entsprechenden Lohnvereinbarung anzugleichen. 4. Das Erscheinen der Universitätsorgane als Organe der SED ist einzustellen. Sie sind in die Verantwortung der Rektoren als Herausgeber zu legen. 5. Wir fordern die Öffnung der Parteifinzenzen, mindestens rückwirkend seit dem 1. Parteitag. Für den Parteibeitrag sollte eine Höchstgrenze von 1 Prozent des Grundlohnes bzw. Grundgehältes festgelegt werden. 6. Jeder Formaleismus in der Parteiarbeit ist zu beenden. Dr. RUDOLF KOSCHULLA, Dr. WOLFGANG LEHART, Mitglieder der SED-GOL-ZLO

Den Studenten mehr Eigenverantwortung – Selbstständigkeit in allen Studienfragen

Vorschlag in der UdSSR: Freier Besuch der Vorlesungen mit Beginn des 2. Studienjahres

Studenten drängen danach, Reaktionen an der Universität abzuschaffen und haben dazu ihre ganz konkreten Vorschläge. So enthält der Problemkatalog der Koordinierungsgruppe für einen Studienbesuch den Hinweis auf „relative Selbstbestimmung der Studienprogramme oder Spezialisierungsmöglichkeiten“, und auch die „Denkmuster zum roten Programm“ der FDJ enthalten Anregungen für die Diskussion, die in diese Richtung gehen. Ich möchte meine Meinung äußern zu diesem Fragenkomplex, und ich tue das, weil solche Veränderungen im Lehr- und Studienprozess auf die Arbeit der Hochschullehrkräfte wesentlichen Einfluß hätten. Zunächst spreche ich mich dafür aus, daß die Studenten mit einiger Berechnung die Forderung vertreten, selbst zu entscheiden, welche Vorlesungen, Seminare, Übungen usw. sie besuchen, um die im Studienplan ausgewiesenen Ziele im selbst zu verantwortenden Studienprozess zu erreichen. Die Position kann begründet werden und sicher folgendermaßen: 1. Zwar gilt an unseren Universitäten und Hochschulen noch der Grundsatz, daß Lehrveranstaltungen obligatorisch zu absolvieren sind – insoweit sie nicht ausdrücklich als fakultativ oder wahlobligatorisch im Studienplan gekennzeichnet sind – aber in der Realität hat sich dieser Grundsatz schon bis auf vielfältige Weise durchbrochen. Die Gründe dafür waren weitgehend und reichten von der Organisationsgesellschaftlichen Pflichten der Studenten während der Vorlesungszeit durch Leitungsorgane oder individuelle Konsultationen der Studienaufträge durch Hochschullehrkräfte für Studenten wahlweise, bis zum Fernbleiben von Lehrveranstaltungen durch die Verantwortung der Studenten aus von ihnen persönlich verantwortenden Gründen. In jedem Falle würde es in die Verantwortung der Studenten gehören, Verabreichung der Studenten persönlich und den Gesamtverfolg der Studiums eigenverantwortlich und durch gegenseitige Hilfe der Studenten untereinander sicherzustellen.

2. Die Stärkung der Eigenverantwortung unserer Studenten, ihrer Selbstständigkeit in allen Fragen des Studiums und der eigenen Lebensgestaltung ist als notwendig herzustellende Tendenz bereits seit Jahren gefordert und von den Hochschulpädagogen der DDR in ihren wissenschaftlichen Arbeiten thematisiert worden. Eine Reihe von Bedingungen für die Durchsetzung dieser Tendenz ist in wissenschaftlichen Arbeiten untersucht worden und Empfehlungen für die Gestaltung des Lehr- und Studienprozesses wurden erarbeitet. Allerdings ist die Hochschulpädagogik dabei nicht weit genug gegangen. Sie hat nicht auf dem über Jahrzehnte gültigen Grundsatz des obligatorischen Besuchs von Lehrveranstaltungen gerüttelt. (Ihre begrenzten Einflußmöglichkeiten auf derartige Entscheidungen hätten wohl auch kaum Veränderungen bewirkt.) Unter den sich verändernden Verhältnissen in unserem Land sind jetzt gesonnene Positionen hochschulpädagogischer Forschung weiterzudenken, und Hochschulpädagogik hat Schritte zu wesentlichen Veränderungen im Hochschulstudium mit wissenschaftlichen Klarsichten zu stützen und mit neuen Untersuchungen zu begleiten. Wenn die bisher erarbeitete Einsicht Gültigkeit beanspruchen kann, daß Stärkung von Eigenverantwortung und Erhöhung der Selbstständigkeit der Studenten dann hergestellt wird, wenn die reale Lebenssituation des Studenten eigenverantwortliches, selbständiges Handeln unumgänglich macht, muß die Gesellschaft es wagen, den Studenten den Entscheidungsspielraum für die Gestaltung ihres eigenen Studiums zu eröffnen. Obripen ist in einer „Zeitweiligen Verfügung über die Hochschule in der UdSSR“, die in der Ucielshozn geseit vom 22. 8. 1989 zur Diskussion gestellt wurde, das Recht der Studenten vorgesehen, „des freien Besuchs der Vorlesungen mit Beginn des 2. Studienjahres“. Wenn diese Frage in Zukunft in der Diskussion bleibt und einer Entscheidung zugeführt wird, müßten meiner Meinung nach eine un-

denkliche Prämisse und zwei wesentliche Bedingungen für die Freizügigkeit der Gestaltung des Studiums mit verknüpft bleiben. Die Prämisse betrifft das zu erreichende Qualifikationsniveau, das mit einem Studium zu erreichen ist. Es liegt im Interesse aller Bürger unseres Landes und im persönlichen Interesse jedes Studenten, daß der Hochschulabschluß an einer Universität oder Hochschule der DDR, daß das Diplom als akademischer Grad innerhalb unseres Landes und im internationalen Vergleich anerkannt ist. Deshalb ist das mit einem Studium zu erreichende Qualifikationsniveau eindeutig zu bestimmen und für jeden Studenten verbindliche Orientierung. Bei Festhalten an dieser Prämisse sind (mindestens) zwei Bedingungskomplexe neu zu ordnen. 1. Die jetzt gültige Prüfungsordnung (und bisher praktizierte Prüfungsinhalte und -verfahren) werden bei freier Entscheidung über den Besuch von Lehrveranstaltungen nicht hinreichend sichtbar machen können, ob der Student das angestrebte Qualifikationsniveau erreicht hat. Das Prüfungsessen an den Universitäten und Hochschulen wäre neu zu ordnen. 2. Es müßte die Erreichung des angestrebten Qualifikationsniveaus in der dafür vorgesehenen Zeit geregelt werden. In dieser Zeit ist – den Leistungen gemäß – Stipendium zu zahlen. Wenn die erforderliche Qualifikation in der vorgesehenen Zeit nicht erreicht wurde, müßte materielle Verantwortlichkeit für nicht erbrachte Leistungen erweisen. Die Stipendienordnung müßte also den neuen Bedingungen entsprechend gefaßt werden. Sicher würden sich noch viele andere Konsequenzen aus der hier diskutierten Veränderung des Hochschulstudiums ergeben. Eine ganz grundlegende wäre ein großer Prozeß des Umdenkens bei Studenten und Lehrkräften. Aber das ist nicht mit einem Maßnahmenprogramm zu schaffen, sondern nur durch das engagierte Wirken aller Studenten und Lehrkräfte bei der Klärung der Fragen, wobei die bevorstehenden Veränderungen im Hochschulwesen führen sollen und vor allem bei der

Durchsetzung im Streite miteinander gefundener Konzepte. Für wichtig halte ich dabei, daß das Bewußtsein wächst von der Möglichkeit gemeinsamer Bemühungen von Studenten und Lehrkräften. Das entspräche auch einer Tradition der demokratischen Studentenbewegung der Vergangenheit. Zum Beleg sei hier die Begründung wiedergegeben, mit der der Student W. Fraustätter am 11. Oktober 1911 den Anschluß der „Berliner Freien Studentenschaft“ an die „Gesellschaft für Hochschulpädagogik“ beehrte: „Die freistudentische Bewegung geht von der Anschauung aus, daß die Hochschule den Studierenden ermöglichen muß, alle ihnen von der Natur gegebenen Anlagen und Fähigkeiten zur höchsten Blüte zu entfalten. Sie hält es u. a. für ihre Aufgabe, Unvollkommenheiten der Hochschule aufzudecken und auf ihre Vervollkommnung hinzuwirken, bis dahin aber durch Organisation der studentischen Selbsthilfe die vorhandenen Lücken möglichst auszufüllen.“ So folgt aus dem Wesen der Bewegung ohne weiteres der innige Zusammenhang, in dem die freistudentischen Organisationen zu ihrer Gesellschaft stehen sollten, und unser Beitrag wird ihnen den Beweis liefern, daß wir zum gegenseitigen Nutzen zusammenarbeiten können. Wir Freistudenten bedürfen der Erforschung der Unvollkommenheiten der Hochschulen, um zu deren Vervollkommnung beitragen zu können. – Ganz besonders erfreulich und wünschenswert aber muß wohl unsere Zusammenarbeit deshalb sein, weil sie uns einen Weg zeigt, auf dem die so oft bedauerliche Kluft zwischen Lehrenden und Lernenden in gemeinsamer Arbeit für dieselben Ziele überbrückt und das oft mangelnde Verständnis füreinander gefördert werden kann. Es gibt tatsächlich in der Studentenschaft Kräfte, die reif und willens sind, gemeinsam mit ihren Lehrern an der Lösung hochschulpädagogischer Probleme zu arbeiten, zum Nutzen unserer Alma mater und unseres Volkes.“ (Zitierchrift für Hochschulpädagogik, Heft 1/3/1913) Dr. paed. FRIDEL LATSCHKE, Wissenschaftsbereich Hoch- und Fachschulpädagogik



„Die Gedanken sind frei“ – und nun endlich auch jederzeit nachlesbar.

